Herr Strack macht deutlich, dass es sich hier „nur“ um ein Vorschlag der Verwaltung handelt. Leider beinhaltet die Liste eine Nettokreditaufnahme. Ergänzend zu den Ausführungen in der Vorlage weist er auf das Fehlen der Investitionen für die Erschließung Blumenhof und die Bahnunterführung Brückenstraße. Der gewollte Neubau Bauhof/Feuerwehr sei anfinanziert. Für das Hermann-Weber-Bad sei ein kleiner Betrag in Höhe von 100.000 Euro in 2014 vorgesehen. Mittelfristig seien dort aber Ersatzinvestitionen in Höhe von rund 3 Mio. Euro notwendig. Hiermit sei in den Jahren 2014 ff. zu rechnen.

Herr Gräf macht deutlich, dass seine Fraktion heute nicht beschließen wolle und noch einige offene Fragen zu klären seien. Im übrigen bedankt er sich bei der Kämmerei für die Vorlage. Anschließend formuliert er einen umfangreichen Fragenkatalog, den es mit Informationen zu füllen gelte.

Die Fragen wie folgt stichwortartig zusammengefasst:

Generelle Fragestellungen:

- **Steueraufkommen** – auch im Hinblick auf die aktuelle Presseberichterstattung. Gibt es ein Minus oder ein Plus?
- **HSK** – erforderlich oder vermeidbar?
- **Nettoneuverschuldung** – unumgänglich oder vermeidbar?
- **Neuregelung der Kommunalfinanzen** – Wann ist damit zu rechnen?
- **Unterstützungsvolumen der Landesregierung** – Stichwort Nachtragshaushalt des Landes/Aufstellung des neuen Haushaltes durch die Landesregierung, Zeitschiene

Fragen gezielt zur Prioritätenliste:

- **DSL-Ausbau**, wieso kein Ansatz ausgewiesen? Entspricht nicht der klaren Botschaft, die von allen Fraktionen ausgesendet wurde. Hier werde eine 6stellige Summe erwartet.
- **Straßenbeleuchtung** – Ansatz für 2011 wird vermisst,
- **Ersatzbeschaffung Dienstwagen**
 - Ist Kosten- /Nutzungsrechnung angestellt worden, ansonsten sollte dies gemacht werden
 - Vergleich Dienstwagen/Taxi/ÖPNV
- **Zentrale Dienste – geringfügige Wirtschaftsgüter**, Anstieg in 2011 um 9.500 Euro. Es fehlt Erläuterung, wofür die Mittel benötigt werden. Mobiliar für das neue Amt sei einleuchtend, allerdings sei der exorbitante Anstieg dennoch nicht erklärbar
- **EDV-Schulen** – Vorhanden sei eine hervorragende Ausstattung. Frage, wieso jährlich zur Ergänzung der vorhandenen Ausstattung die volle Zusatzausstattung in Höhe von 60.000 Euro zu leisten sei. Bitte an Verwaltung mit den Schulen über mögliche Einsparung zu verhandeln in Richtung 50 %.
- **Ersatz Hausmeister-KFZ** – Anregung Anschaffung Elektro-KFZ. Ggf. mit Sponsoring durch RWE. Sofern nicht realisierbar, Überlegung Anschaffung eines Piaggio 3-Rad-Kastenwagens. Fahrzeuge können bis zu 700 kg Nutzlast transportieren und fahren 60 km/h. Kosten pro Fahrzeug gut 7.000 Euro, somit seien mit einem Haushaltsansatz zwei Fahrzeuge realisierbar. Bitte um Prüfung, ob dies Option für Eitorf ist.
- **Wärmeversorgung Gymnasium** – Prüfung der Wirtschaftlichkeit eines Energie-Contractings. So würden ggf. Mittel frei für den Bau eines Wärmekraftwerkes.

- **Dynamisches Fahrgastsystem** – Sollte gekoppelt bleiben an den Ausbau Busbahnhof.
- **Feuerwehr** – Neue Position Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges in Höhe von 130.000 Euro. Nicht zu erschließen, wieso sich bei nicht verändertem Feuerwehrstandort und Anschaffung eines neuen Fahrzeuges Einsatzzeiten bzw. Fahrzeiten verringern. Bitte um Darlegung der Problematik – ggf. im Rahmen des Brandschutzkonzeptes.
- **Bibliothek** – Freiwillige Aufgabe und jeweils durchlaufender Posten in Höhe von 10.000 Euro zur Neubeschaffung von Büchern und Medien. Zu prüfen wäre ein Einsparpotential von 10-20 %.
- **Bahnüberführung Brückenstraße** – 50.000 Euro Planungskosten nicht notwendig, da kein politischer Beschluss zur Durchführung vorhanden sei.
- **Ausbau Parallelstraße/Stichstraße Im Auel** – Aufschub bis 2014 zu lang – vorziehen nach 2013.
- **Busbahnhof/Ausbau Bahnhofsvorplatz/städtebaulicher Mehrbedarf ÖPNV** – Beinhaltet verschiedene Maßnahmen. Sofern diese Mittel zur Nettoneuverschuldung führen, über dieses Thema nochmals ernsthaft nachdenken. Maßnahme ggf. aufschieben nach 2013 oder weiter.
- **Mehrgenerationenspielplatz** – Herkunft der Idee unklar – außerdem teuer. Behandlung des Themas durch den JISS und das neue Seniorengremium.

Herr Strack spricht das Procedere an. Es biete sich an, die Anregungen zu prüfen und Informationen hierzu dem Hauptausschuss in seiner Sitzung Ende November vorzulegen. Zur Straßenbeleuchtung führt Herr Strack aus, dass kein Ansatz vorhanden sei, weil die Gemeinde Eitorf nicht Eigentümer sei. Werde Straßenbeleuchtung erweitert, sei dies eine Sache des laufenden Haushaltes. Allerdings finde sich in der Prioritätenliste eine Position von 15.000 Euro. Dies betreffe aber die Beleuchtung an Fußgängerüberwegen, die im Eigentum der Gemeinde stehe.

Auch Herr Langer begrüßt die Fortschreibung der Liste. Auch seine Fraktion beabsichtige nicht, heute über die Liste zu beschließen, da noch weiterer Beratungsbedarf bestehe. In den Haushaltsberatungen werde man sich intensiv hiermit auseinandersetzen. Auf bestimmte Punkte geht Herr Langer konkret ein:

- **Energiekonzept am Gymnasium**
Die geplante Gasheizung habe man immer kritisiert. Gleichwohl solle man das Energiekonzept für den gesamten Komplex Gymnasium, NWZ, Hauptschule, Schwimmbad, Sporthalle weiter vorantreiben. Er stimme dem Vorschlag zu, über ein Energie-Contracting nachzudenken und so die Investitionssumme von 500.000 Euro einzusparen.
- **Gymnasium/Ausstattung**
An der Notwendigkeit der Renovierung und Modernisierung der Bio-Räume bestehe kein Zweifel. Daran ändere auch der Bau des NWZ nichts.
- **Sprung an die Sieg**
Erste Phase sei die Achse Brücke Eipbach bis an die Sieg und als erste Maßnahme den Abriss des alten Gebäudes und Herrichtung des Parkplatzes und erst als letztes den Busbahnhof anzugehen. Dies sollte man auch erst in 2013 oder später in Angriff nehmen, da sich die Fördersituation im Land durchaus verschlechtern könne. Der Busbahnhof sei in diesem Sinne nachrangig.

Herr Zielinski bedankt sich ebenfalls im Namen der SPD-Fraktion für die Vorlage der Liste. Auch seine Fraktion werde am heutigen Tage nichts entscheiden, sondern es bei einer Kenntnisnahme belassen. Er begrüßt den Vorschlag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Anschaffung eines „Dreirades“. Herr Zielinski formuliert darüber hinaus auch einige Anmerkungen zur Liste:

- **Fuhrpark/LKW's**
Prüfung, inwieweit eingeplante Neuanschaffungen noch „gestreckt“ werden können.
- **Neuanschaffung Parkscheinautomaten**
Frage, ob sich die Anschaffung im Gesamtvolumen von 120.000 Euro im Vergleich Anschaffungspreis/Lebensdauer/erzielte Einnahmen, rechnet.

Herr Zielinski hält es für sinnvoll, die weitere Beratung im Fachausschuss vorzunehmen.

Herr Sonntag erklärt auch für die CDU-Fraktion, dass man heute Kenntnis nehme aber Entscheidung über die Liste noch nicht wünsche. Auch Herr Sonntag geht konkret auf einige Punkte ein:

- **Neubau Bauhof/Feuerwehr**
Für 2013/2014 seien jeweils 500.000 Euro eingestellt. Verweis auf die Historie und das Bestreben, das ehemalige Areal Himmeröder (im Wege der Versteigerung) in der Siegstraße zu nutzen. Diesbezüglich bestehe eine klare Beschlusslage. Er übt Kritik, dass seit dem keine neuen Informationen vorliegen und eine CDU-Anfrage hierzu bisher nicht beantwortet wurde. Auf Frage von Herrn Sonntag erklärt der Bürgermeister, dass die Beantwortung der CDU-Anfrage unter dem TOP „Beantwortung von Anfragen“ in der heutigen Sitzung erfolgt.
- **Strukturelles Verfahren bei den Anforderungen der Mittel**
Herr Sonntag fragt nach dem organisatorischen Ablauf der Mittelanforderungen und wer im Rathaus hieran wie beteiligt ist und ggf. gegenzeichnet. Frage, ob bei Anschaffungen kritisch hinterfragt wird und auch organisatorische Abläufe geprüft werden.
- **Regionale-Projekt**
Bezugnahme auf einen Pressebericht, dass am Mertener Bahnhof eine Fahrradabstellanlage für 106.000 Euro errichtet werden soll. Insgesamt aber seien ja für den Bereich 186.000 Euro eingestellt. Nach der abstrakten Beratung über die Regionale-Planungen sei nun eine zunehmende Darstellung der Detailplanungen notwendig. Im Januar habe man sich intensiv im APUE mit dem Rahmenplan beschäftigt. In der weiteren Beratung im Rat habe man sich auf den damaligen Sitzungsverlauf und die bekannte Zeitschiene bezogen. Die Zeitschiene sei nur aus der Kosten- und Finanzierungsübersicht abzuleiten, Stand 2010. Zu den heutigen Ansätzen in der Investitionsliste beständen Ungereimtheiten und Klärungsbedarf. So werde die Stadtschiene Ost in 2011 realisiert und die Wegeverbindung teilw. erst in 2013. Anregung, die Finanz- und Zeitübersicht zu aktualisieren und im nächsten APUE nochmals vorzustellen.
- **Blumenhof**
Hinweis auf die Erörterung im Juli und den Wunsch nach einer Machbarkeitsstudie. Offensichtlich sei der Auftrag noch nicht vergeben worden. Frage, was in den letzten fünf Monaten geschehen ist. Bitte, dieses Thema erneut im APUE zu beraten.

Herr Fürbaß spricht das **Feuerwehrfahrzeug** an regt an, bei der Fa. WECO wegen eines Fahrzeugstandortes nachzufragen, nachdem dies bei Boge bzw. ZF Sachs nicht geklappt habe. Außerdem bittet er um Darstellung des Zusammenhangs mit dem Brandschutzbedarfsplan.

Im Hinblick auf die strukturelle Entwicklung der Feuerwehr wünscht Herr Meeser eine detaillierte **Begründung der Notwendigkeit von Löschfahrzeug und Kommandowagen**. So stelle sich u.a. die Frage, was dies an Einsatzzeiten bringe.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass das Thema Brandschutzbedarfsplan im ersten Quartal des neuen Jahres in den Gremien behandelt wird. Diesbezüglich habe es auch einen Antrag der SPD gegeben. Es sei gegenüber der SPD kommuniziert worden, dass der Punkt auf der Agenda stehe und die Beratung demnächst erfolge. Die Frage von Herrn Meeser ziele sicher auch in diese Richtung.

Herr Meeser erklärt, dass dies auch Sache des Haushaltes sei und man nicht warten könne.

Herr Sterzenbach geht auf das weitere Verfahren ein. Da sich heute ohnehin kein Beschluss abzeichne, biete es sich an, die einzelnen Punkte hausintern und ämterübergreifend abzarbeiten und im HA darzulegen. In Teilen seien aber auch Missverständnisse vorhanden. So gebe es keinen Fahrradständer am Bahnhof Merten in der von Herrn Sonntag angesprochenen Größenordnung. Hierbei habe es sich offensichtlich um einen Irrtum des Redakteurs gehandelt. Im ausgewiesenen Betrag von 186.000 Euro seien beide Tiefbaumaßnahmen am Mertener Bahnhof selber wie auch in Richtung Schlossstr. enthalten. Der Mehrgenerationenspielplatz sei seine Idee gewesen. So etwas habe er sich einmal in einer spanischen Stadt genauer angesehen. Bei entsprechendem Renovierungsbedarf eines Spielplatzes biete es sich an, etwas für alle Altersgruppen anzubieten. Ungeachtet der vorgelegten Aufstellung erfolge ohnehin bei Überschreiten der entsprechenden Stellenwerte die Einbindung des jeweils zuständige Fachausschusses.

Frau Bourauel fragt, **wie viel Parkscheinautomaten in Eitorf vorhanden seien und wie sich die Einnahmesituation darstelle**.

Unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von Herrn Sonntag fragt auch Herr Zielinski nach den **grundsätzlichen Entscheidungsstrukturen innerhalb der Verwaltung**.

Herr Sterzenbach skizziert das Verfahren am Beispiel eines Bauhofsfahrzeuges. Für die Fahrzeuge bestände eine Art „Lebensakte“ mit Darstellung von Anschaffung, Reparaturen etc.. Anhand mehrerer Faktoren (Alter, Reparaturbedarf u.a.) ergebe sich schließlich die entsprechende Bedarfsmeldung unter Angabe eines vorläufigen Preises. Diese werde an die Kämmerei geleitet. Hierbei werde der Dienstweg eingehalten. Je nach Größenordnung und Bedeutung erfolge die Einbindung des Amtsleiters oder auch des Dezernenten. In einem solchen Prozess sei man immer gefordert, über Alternativen nachzudenken. Dies geschehe auch.

Auf Nachfrage von Herrn Sonntag erklärt der Kämmerer, dass für die Mittelanforderungen Vordrucke verwendet werden, die auch Begründungen erforderten. Desweiteren fragt Herr Sonntag, ob es beispielsweise Wertgrenzen gebe, nach denen z.B. Amtsleiter oder der Dezernent einzubinden ist.

Herr Sterzenbach erklärt, dass Wertgrenzen in diesem Zusammenhang schwierig anzuwenden seien, da sie je nach Aufgabenfeld und „Dimension“ zu relativieren seien.

Herr Strack verweist in Zusammenhang mit NKF auch auf die Eigenverantwortlichkeit der Produktverantwortlichen. Nach Vorlage der Mittelanforderung müsse er als Kämmerer von der Einhaltung des Dienstweges ausgehen. Sofern wichtig und notwendig, würden darüber hinaus ohnehin maßgebliche Sachverhalte im Verwaltungsvorstand besprochen.

Herr Sonntag regt an, ein Muster der Mittelanforderung zu Protokoll zu geben.

Auf Frage von Herrn Langer, ob es innerhalb der Verwaltung ein Controlling gebe, erklärt der Kämmerer, dass bestimmte Kontroll- und Steuerungsmechanismen zu einem wirtschaftlichen und effektiven verwaltungsinternen Ablauf beitragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Ergänzend ist hinzuzufügen, dass es ein „klassisches“ Controlling im Sinne des NKF (permanentes Überwachen von Zielen und Kennzahlen) aus personellen Gründen nicht leistbar ist.

Der Bürgermeister bestätigt, dass jeder wisse, dass er sich kritisch mit den Sachverhalten auseinanderzusetzen habe. Herr Langer bittet daraufhin, die Art des Controllings im Hauptausschuss „in einer halben Seite“ darzustellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Es wird festgestellt, dass die vorherigen Fragestellungen hinsichtlich des organisatorischen und strukturellen Ablaufes der Mittelanforderungen für die Haushaltsansätze Angelegenheiten der inneren Organisation und des Geschäftsgangs sind. Es wird deutlich gemacht dass es ausschließlich Aufgabe des Bürgermeisters ist, den Geschäftsgang und die Beaufsichtigung der gesamten Verwaltung zu leiten. Der Bürgermeister leitet und verteilt die Geschäfte. Insofern ist § 62 Abs. 1 GO einschlägig.

Frau Sadrinna-Lorenz spricht den „**Schallschutz**“ **GGG Eitorf** an. Sie möchte wissen, ob es sich hierbei um Schallschutz innerhalb der Schule – sozusagen von Klasse zu Klasse - handele, oder um den äußeren Bereich.

Herr Sterzenbach bestätigt, dass es um die Schallbelästigung, die aus dem Betrieb des Gebäudes selbst heraus entstehe, handelt.

Auf weitere Frage von Frau Sadrinna-Lorenz wird von Herrn Strack bestätigt, dass die Gemeinde Eitorf die **Musikinstrumente für die Musikschule** anschaffe. Dies schließe aber nicht aus, dass der eigentliche Bestand an Instrumenten beim Betreiber der Musikschule durch gesponserte oder vom Betreiber privat erworbenen Instrumenten höher ist.

Herr Lorenz regt an, den **EDV-Kostenzuschuss für die Schulen an deren Energieverbrauch zu koppeln**.

Das Thema wird kurz angesprochen mit dem Ergebnis, dass eine Umsetzung schwierig und die Bemessung nur schwer objektivierbar sei.

Nach der längeren Aussprache geht Herr Strack kurz auf das Procedere zum Haushalt 2011 ein:

- Einbringung in Dezember-Sitzung. Dies sei wegen fehlender Parameter aus Richtung Kreis- und Landesebene zwar schwierig, gleichwohl bedeute ein früher Haushalt Handlungsfähigkeit.
- Nach heutigem Sitzungsplan Haushaltsberatungen im Februar (Sitzung terminiert für 28.02.2011)

Schließlich fasst der Bürgermeister zusammen und lässt über die Alternative im Beschlussvorschlag abstimmen mit einer kleinen redaktionellen Änderung.